

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 18.08.2025

Anfrage:
Wie geht München mit Einbürgerungswilligen um?

Am 28.07.2025 kam es im Kreisverwaltungsreferat München im Rahmen einer geplanten Übergabe einer Einbürgerungsurkunde zu einem Vorfall, der bei den Betroffenen den Eindruck eines Einschüchterungsversuchs hinterließ. Unter dem Vorwand angeblicher Unklarheiten wurden die Antragstellenden zu einem Gespräch geladen. Vor Ort fanden sie sich überraschend in einer mehrköpfigen Gesprächsrunde wieder, bei der u. a. Mitarbeitende des KVR und die Pressesprecherin anwesend waren. Die Atmosphäre wurde von den Betroffenen als konfrontativ, übergriffig und unangemessen beschrieben. Die Rechtsanwältin, die sie begleitete, hat inzwischen eine formale Beschwerde eingereicht.

Konkret wurden die Antragstellenden befragt, ob sie selbst der Presse Informationen zugespielt hätten, und mit Anschuldigungen konfrontiert, die sich nachträglich als unbegründet herausstellten. Eine anwesende Pressesprecherin zweifelte die Sprachkenntnisse der betroffenen Person an, obwohl sie keine fachliche Qualifikation zur Sprachbewertung besitzt.

Dieser Vorfall wirft Fragen zur Praxis und Haltung Münchens im Umgang mit Einbürgerungswilligen auf, insbesondere in Bezug auf Transparenz, Respekt, Diskriminierungsschutz und die Rolle der Pressestelle in Verwaltungsverfahren.

Daher fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Welche internen Anweisungen oder Entscheidungswege führten zur Einberufung dieses Gesprächs am 28.07.2025 im KVR – und welche Stellen waren daran beteiligt?
2. Welche Funktion hatte die städtische Pressestelle bei diesem Gespräch? Mit welchem Mandat war sie anwesend und wie wird ihr Verhalten im Nachgang bewertet?
3. Wie stellt die Stadt sicher, dass Mitarbeitende ohne fachliche Qualifikation (z. B. für Sprachbewertung) keine Einschätzungen oder Urteile äußern, die den Verlauf eines Verwaltungsverfahrens beeinflussen?
4. Welche Maßnahmen wird die Stadt München ergreifen, um künftig sicherzustellen, dass Einbürgerungswillige nicht durch unangekündigte Mehrfachbefragungen und Gruppendynamische Situationen eingeschüchtert oder diskriminiert werden?

5. Welche Anlaufstellen innerhalb der Stadtverwaltung stehen Bürgerinnen und Bürgern offen, wenn sie sich durch Behördenverhalten unter Druck gesetzt oder ungerecht behandelt fühlen?
6. Wie kann eine Atmosphäre von gegenseitiger Achtung entstehen?
7. Wie können klare Regeln kommuniziert werden und persönliche Animositäten verhindert werden?

Initiative:

Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender